

An Herrn Landrat Reuter

im Hause

über Kreistagsbüro



Göttingen, 16.09.2019

Anfrage für den Kreistag am 02.10.2019

Gleichstellung von LGBTIQ+ Jugendlichen und Erwachsenen

Als Unterzeichner der "Charta der Vielfalt" hat sich der Landkreis Göttingen zum Ziel gemacht, Diversität in allen Arbeitsbereichen der Verwaltung umzusetzen. Dies umfasst auch die Belange von LGBTIQ+-Jugendliche und Erwachsenen, die noch nicht bei allen Verwaltungsvorgängen mitgedacht werden.

Die Belange aller gerecht und realistisch in die Verwaltungsarbeit mit einzuplanen und umzusetzen, sei es intern oder mit Bürger*innen ist eine anspruchsvolle Aufgabe. In Großstädten wie Hamburg und Köln arbeitet man mit Aktionsplänen LSBTI daran, eine diskriminierungsfreie Teilhabe herzustellen [1], [2]. In Hannover gibt es eine Beauftragte für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt für die Landeshauptstadt [3].

Wir fragen die Verwaltung:

1. Gibt es in den verschiedenen Fachbereichen der Verwaltung Ansprechpartner*innen für die Belange von LGBTIQ+-Personen? Wenn JA in welchen?
2. Wurden Mitarbeiter*innen in den vorgenannten Bereichen zu diesem Thema geschult?
3. Sind Schulungen aller weisungsbefugter Mitarbeiter*innen vorgesehen und wenn ja, in welchem Zeitrahmen?
4. Wird im Rahmen dieser Schulungen auch das Thema LGBTIQ+-Gerechte Sprache, insbesondere im Umgang mit Trans*-Personen, behandelt?

Insbesondere minderjährige LGBTQ+-Personen stehen oft vor schwierigen Lebenslagen.

5. Welche Hilfen bietet Der Landkreis Göttingen für diese Personen an bzw. mit welchen Institutionen findet hierzu eine Zusammenarbeit statt?

6. Sind diese Angebote in den Mittelzentren verfügbar?

Für einige Geflüchtete, die nach Göttingen kommen, ist der LGBTQ+-Hintergrund die Fluchtursache.

7. Wie wird dies berücksichtigt, bezüglich des Antragsverfahrens, der Unterbringung der Personen und Beratungs- bzw. Unterstützungsangebote?

8. Gibt es besondere Anlaufstellen für geflüchtete LGBTQ+-Personen?

9. Durch das BAMF und nachfolgend durch Gerichte wird regelmäßig bewertet, ob eine geflüchtete Person wirklich dem LGBTQ+-Spektrum angehört oder nicht. Findet durch den Landkreis eine ebensolche Bewertung statt?

Noch immer gibt es Formulare, die zur Wahl des Geschlechts die Optionen "Mann" und "Frau" lassen (etwa bei Geburts- oder Eheurkunden)

10. Wie ist die Vorgehensweise der Verwaltung bei Personen, die sich hier nicht zuordnen können oder wollen?

11. Ist geplant, die Geschlechtsoptionen entsprechend zu erweitern?

Dr. Eckhard Fascher

[1] <https://www.hamburg.de/contentblob/8080476/1a25022ddb800a8d89fd5616b2b5a654/data/d-broschuere-aktionsplan-fuer-akzeptanz-geschlechtlicher-und-sexueller-vielfalt-.pdf>

[2] <https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/presse/startschuss-zum-koelner-aktionsplan-lsbtikontrast=schwarz>

[3] <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Soziales/Familie-Partnerschaft/Lesben-Schwule/Beauftragte-f%C3%BCr-sexuelle-und-geschlechtliche-Vielfalt-der-Landeshauptstadt-Hannover>